

**‘...die radikalen Mittel ziehen magisch an,
weil das Radikale des Sinns und Ziels, das
Stille und Fromme der neuen Menschheit
noch nicht den rechten, erschütternden
Ton gefunden hat...’
Gustav Landauer**

Kritik der anarchistischen politischen Theorie

Anarchismus ist eine nützliche Theorie, um Vorschläge für soziale Beziehungen in Gemeinschaften bis zu vielleicht wenigen tausend Menschen zu machen. Darüber hinaus halte ich Anarchismus für eine Theorie, die zuende gedacht, einen Zustand mit einigen grundsätzlichen Nachteilen empfiehlt. Diese Probleme anarchistischer Theorie sind in der Literatur vielfach beschrieben, werden aber von anarchistischen Schreiberlingen in der Regel ignoriert. Anarchistische Theorie geht dabei entweder davon aus, Regierung immer mit Macht verbunden ist und daher grundsätzlich illegitim ist, oder hält die Nachteile von Regierungssystemen grundsätzlich für größer als ihre Vorteile. Das erste Argument halte ich für fragwürdig, weil es das Problem der Macht gegenüber anderen Problemen absolut setzt, die eben durch Ausübung von Macht besser gelöst werden können. Das zweite Argument halte ich angesichts der im folgenden aufgelisteten Nachteile der absoluten Herrschaftslosigkeit für zweifelhaft. Einige von ihnen sind grundsätzlich und theoretisch unlösbar, also nicht nur Probleme, für die nur noch nach einer Lösung im anarchistischen Rahmen gesucht werden muss. Staatliche Systeme haben ebenfalls Probleme, aber diese sind meiner Ansicht nach weniger grundsätzlicher Natur.

1. In einer anarchistischen Gesellschaft bleiben viele Kollektivgutprobleme ungelöst. Dies führt zu mehr sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung als durch staatliches Eingreifen möglich.

Das Wesen von Kollektivgutproblemen ist, dass alle Betroffenen einen Nutzen davon haben, wenn das Kollektivgutproblem gelöst wird. Gleichzeitig können alle Betroffenen nur wenig zur Lösung beitragen. Dies führt zu einem großen Anreiz, selbst nichts beizutragen und alle anderen machen zu lassen. Staatliche Regulation zwingt nach Mehrheitsentscheidung alle gleichermaßen, Steuern zu zahlen und Gesetze zu befolgen. Anarchie fordert dagegen, dass Entscheidungen auf höherer Ebene nie mit Zwang durchgesetzt werden dürfen und vertraut voll auf die Einsicht der Mitglieder. Dies führt zu einem niedrigeren Niveau an Regulation, weil sich die Willigen nicht gegen die TrittbrettfahrerInnen wehren können und so die Bereitschaft, Regulationskosten zu tragen, insgesamt sinken wird. Dies finde ich gerade in den Bereichen von Umweltverbrauch, Verschmutzung, Naturschutz und durch Steuern finanzierter sozialer Dienstleistungen und Hilfsmaßnahmen unakzeptabel. Das gilt insbesondere, weil viele dieser Probleme per se nicht lokal zu lösen sind, wo die starke Betroffenheit der Beteiligten zu Entscheidungen führen könnte, die Kollektivgutprobleme lösen. Mindestens bei Umweltproblemen und Unterstützungsleistungen für ärmere Regionen sind die Probleme jedoch nur international anzugehen.

AnarchistInnen würden sicher behaupten, dass das TrittbrettfahrerInnenproblem in einer anarchistischen Gesellschaft entschieden kleiner wäre, weil die Menschen sich in Richtung kollektiv rücksichtvollem Verhalten verändern würden. Diese extrem optimistische Annahme ist aus verschiedenen Gründen wenig realistisch. Erstens, bleibt eine natürliche Spannung zwischen Eigen- und Kollektivinteressen immer bestehen. Ein Gesellschaftsmodell, das von

einem fast absolut kollektiv orientierten Menschenbild ausgeht, ist unrealistisch und trivial. Mit diesem Menschenbild wird ein Grunddilemma aller komplexen und/oder pluralen Gesellschaften einfach wegdefiniert. Der anarchistische Theorie drückt somit um ihren Gegenstand. Zweitens, bliebe die Lösung von Kollektivgutproblemen selbst bei bestem Bemühen aller Individuen beim Staat besser aufgehoben. Angesichts der Komplexität vieler dieser Probleme können Individuen mit ihrer begrenzten Informationsverarbeitungskapazität (und -bereitschaft: Es gibt Schöneres!) keine vernünftigen Entscheidungen mehr treffen. Wer kennt schon alle Umweltgifte? Wer kann sie bewerten? Und sie noch mit Vorteilen in anderen Bereichen abwägen.

2. Es gibt kein funktionierendes anarchistisches Entscheidungsverfahren auf höheren Ebenen

Gesellschaften mit pluralen Lebensformen erzeugen einen erheblichen Koordinations- und Entscheidungsbedarf von der kommunalen bis zur globalen Ebene. AnarchistInnen bestreiten oft diesen Bedarf, um sich mit den daraus folgenden Problemen nicht beschäftigen zu müssen. Jedes Wirtschaftssystem bedingt einen erheblichen Entscheidungsbedarf. Die Planung gemeinsamer Projekte (Verkehr, Gesundheitswesen, Forschung, etc.) sowie Katastrophenhilfe erfordern überörtliche Entscheidungen. Ganz zu schweigen von ökologischen und sozialen Regulierungen.

AnarchistInnen stehen nun vor mehreren Problemen. Da sie nur solche Entscheidungsverfahren akzeptieren, bei denen kein Zwang ausgeübt wird, wird die Zahl der Möglichkeiten rasch eingeschränkt. Das Entscheidungsverfahren müsste allen Betroffenen die Möglichkeit geben, ein Veto einzulegen bzw. sich an einem Beschluss nicht zu beteiligen. Dies ist bei mehreren Delegationsebenen schlicht unmöglich. Es ist sowohl praktisch unmöglich, dass bei schwierigen Themen alle zustimmen werden, als auch dass schnell genug ausreichend verbindliche und der Komplexität der Fragen angemessene Entscheidungen getroffen werden. Die Problemverarbeitungskapazität rein basisdemokratischer Systeme ist nunmal sehr gering.

Nun könnten AnarchistInnen Abstriche machen und wie z.B. die SyndikalistInnen ein Rätssystem vorschlagen. Die RätInnen würden zwar aus Basisgruppen gewählt, aber könnten jederzeit abberufen werden. Die Entscheidungen der Räte wären für alle verbindlich, auch wenn sie im Mehrheitsverfahren getroffen würden.

Damit verlagert sich das Problem auf die Frage der Sanktionierung. Denn dieses schon nicht mehr ganz anarchistische Verfahren garantiert immer noch nicht, dass die Entscheidungen auch umgesetzt werden. Da in komplexen, pluralen Gesellschaften die Möglichkeiten sozialer Kontrolle sehr beschränkt sind, darf das Problem mangelnder Sanktionierung nicht unterschätzt werden. Am Beispiel der Steuerhinterziehung lässt sich gut zeigen, welche Auswirkungen eine fehlende Sanktionsgewalt hat. Im Falle einer völligen Abwesenheit von Zwang wäre sehr fragwürdig, ob überhaupt eine Entscheidung über die Einzahlung von Geldern getroffen werden könnte. In jedem Falle würde sich die Höhe der Zahlungen vermutlich dicht an den Präferenzen der am wenigsten Zahlungswilligen orientieren. In einem Rätmodell käme es vermutlich zu einer verbindlichen Entscheidung bei höherem Zahlungsniveau. Allerdings wäre zu erwarten, dass es Viele mit dem Zahlen ohne staatliche Kontrollgewalt nicht so genau nähmen.

Um dieses Problem zu umgehen, könnte der weniger oder überhaupt nicht zahlungswilligen Minderheit auch freigestellt werden, sich an einer getroffenen Entscheidung auch zu beteiligen. AnarchistInnen wäre damit aus ihrer theoretischen Patsche geholfen, da nun auch niemand mehr gezwungen werden müsste. Allerdings wurde damit auch das Ziel verfehlt, eine kollektiv verbindliche Entscheidung zu fällen. Viele Probleme komplexer, pluraler Gesellschaften blieben so unzureichend oder überhaupt nicht gelöst.

Das von vielen AnarchistInnen favorisierte Rätmodell hat aber, über die diskutierten

Einwände hinaus, auch einen großen technischen Nachteil: Es ist sehr undemokratisch. Beim Standardrätemodell wird aus jedem Wohnviertel bzw. Betrieb/Berufsgruppe immer eine Person auf die höhere Ebene delegiert. Geht man jedoch davon aus, dass es verschiedene Sets von Grundwerten und Vorstellungen vom guten Leben gibt. Und setzt man ferner voraus, dass in einem Gemeinwesen Menschen mit verschiedenen Sets von Grundwerten leben, so wird das obige Delegationsprinzip höchst fragwürdig. Nehmen wir an, dass eher liberale und eher konservative Vorstellungen in einer anarchischen Gesellschaft im Verhältnis 80/20 vorkommen. Nehmen wir weiterhin an, dass ihre politischen Auffassungen nicht das Hauptkriterium dafür darstellen, mit welchen Menschen sie zusammenarbeiten und in welchen Nachbarschaften sie wohnen. So folgt daraus, dass bei Anwendung des Rätmodells auf der ersten Delegationsstufe die konservative Minderheit nur sehr selten einen VertreterIn in den Rat entsenden können wird. Auf der zweiten Delegationsebene wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit keineN VertreterIn der Minderheit mehr geben. Das ist aber für ein demokratisches Modell völlig unakzeptabel. Die öffentliche Artikulation der Auffassung von Minderheiten und ihr Zugang und Mitarbeit in allen Entscheidungsorganen ist eine demokratische Notwendigkeit. Um diesen Makel auszugleichen, müsste ein demokratisches Rätmodell also um einen parteiähnlichen Zugangsweg zu den Räten auf höherer Ebene ergänzt werden. Damit würde das Rätmodell einen Parteimodell jedoch sehr ähnlich. Parteien und Verhältniswahlrecht bieten die Möglichkeit, Minderheiten auch auf der höchsten Repräsentationsebene zu vertreten. Parteien ermöglichen ferner die Diskussion halbwegs konsistenter Sets von Politiken auf einer in etwa übereinstimmenden normativen Grundlage. Auf diese Weise werden umfassende Politikentwürfe in die Öffentlichkeit gebracht, die ohne Parteien kaum so klar zur Wahl stünden. Politische Dezentralisierung, innerparteiliche Demokratisierung des Parteienwesens, Übertragung von Kompetenzen an konkurrierende Assoziationen sowie Einführung direktdemokratischer Elemente führen zu demokratischeren Ergebnissen als die Abschaffung des Parlamentarismus. Nur in kleinen Gruppen mit ähnlichen Grundwerten kann ein abgemildertes Konsensverfahren der bestmögliche Kompromiss zwischen verschiedenen Entscheidungsverfahren sein.

3. Anarchistische Gestaltung des Wirtschaftslebens funktioniert nicht oder wird tyrannisch

Doch nicht nur im Politischen kommt die anarchische Ideologie in Begründungsnot. Auch bei komplexen Wirtschaftssystemen hat sie arge theoretische Schwierigkeiten. Es gibt drei Wege ökonomischer Steuerung mit ihren jeweiligen Instrumenten: Planung (Planerische Allokation von Ressourcen, Märkte (Angebot und Nachfrage steuern über Preise) und Netzwerke (Vereinbarungen). Für eine Gesellschaft mit niedrigem technologischem Stand, stehen alle drei Optionen mit verschiedenen Vor- und Nachteilen zur Verfügung. Geht man jedoch von einem höheren technologischem Entwicklungsstand aus, so scheidet die Option der Netzwerke als alleinige Steuerungsmethode aus. Zu komplex und zahlreich sind die zu treffenden Vereinbarungen, damit etwas gut Funktionierendes dabei herauskommt¹ Dies wäre nur dann zu vermeiden, wenn alle Menschen freiwillig bereit wären sich sozialistischen Großgemeinschaften anzuschließen, die so weit autark wirtschaften können, dass die Menge der notwendigen wirtschaftlichen Entscheidungen stark reduziert wäre. Diese Annahme schränkt aber die möglichen Lebensformen unzumutbar und unrealistisch ein. Auch normativ wäre dies gar nicht wünschenswert. Besteht doch die Schönheit moderner Gesellschaften in ihrer Vielfalt und Pluralität. Eine homogenisierende Utopie kann keine wünschenswerte Utopie sein.

¹ „...die Form der Assoziation zu unterkomplex ist, um den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang im ganzen strukturieren zu können.“: Jürgen Habermas (1989): Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen?, in: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.), Die Ideen von 1789, Frankfurt/M., S.7-36.

Mit den Optionen Markt und Plan konfrontiert, sieht sich die anarchistische Theorie vor einem Dilemma: Entweder muss die freie wirtschaftliche Aktivität beschränkt werden (Plan) oder Märkte reguliert werden. Denn Märkte ohne Regulation sind tyrannisch. Die Externalisierung von gesellschaftlichen Kosten, die Tendenz zu starker sozialer Ungleichheit, die Wechsel von Rezession und Boom, usw. sind kaum hinzunehmen. Darüber hinaus basieren Märkte auf Vertragssicherheit und gemeinsam genutzter Infrastruktur (Verkehrssysteme, etc.). Beides zu gewährleisten, fällt unter pur anarchistischen Verhältnissen schwer. In vielerlei Hinsicht ähneln anarchistische Wirtschaftsutopien ihrem hässlichen Verwandten - dem wirtschaftlichen Liberalismus.

4. Bedingungslose soziale Grundsicherung für jeden Menschen ist ohne Staat kaum denkbar

Soziale Sicherheit gibt es bei individualistisch orientierten anarchistischen Theorien nicht und beruht bei kollektivistisch orientierten Ansätzen auf der Mitgliedschaft in Gemeinschaften. Da eine übergeordnete Institution fehlt, hängt das Wohl und Wehe des nicht leistungsfähigen Individuums immer an der Akzeptanz in einer Gemeinschaft. In Konflikt mit Recht und Gesetz, Familie oder Kirche zu kommen, wurde in der Geschichte schnell existenzbedrohend. Der Sozialstaat ist dagegen ein historischer Fortschritt. Er bietet eine grundsätzlich bedingungslose Grundsicherung für alle BürgerInnen.

5. Strafe braucht die Möglichkeit des Zwangs

Auch im Rechtssystem sind viele Fragezeichen angebracht. Viele AnarchistInnen schlagen den Ausschluss als legitime Konsequenz gesellschaftlichen Fehlverhaltens vor. Die Ausübung von direktem Zwang wie Gefängnis oder Geldstrafe wird abgelehnt. Doch wem ist durch herumziehende ‚Outlaws‘ geholfen? Gibt es nicht Menschen, vor denen die Gesellschaft, nicht nur die eigene Gemeinschaft geschützt werden muss und die selbst Hilfe benötigen und dazu gezwungen werden müssen?

Sicher ist unser Strafsystem extrem fragwürdig, doch völlig auf Zwang zu verzichten, führt ebenfalls zu schlechteren Ergebnissen als durch intelligente Reformen des Strafvollzugs möglich.